

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.873/2-V/6/85

An das
Präsidium des Nationalrates1017 W i e n

46-GE/19.85

Datum: - 6. AUG. 1985

Verteilt *Holz* 8. Aug. 1985

Dr. Holzinger

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

10.046/9-1.1/85
28. Juni 1985

Betrifft: Entsendung von Bundesheerangehörigen in das Ausland;
EStG 1972;
Stellungnahme zu den Novellierungsentwürfen

Der Verfassungsdienst übersendet 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem mit Schreiben des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 28. Juni 1985, GZ 10.046/9-1.1/85, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland und das Einkommensteuergesetz 1972 geändert werden.

2. August 1985
Für den Bundeskanzler:
Holzinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

quad



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.873/2-V/6/85

An das
Bundesministerium für
Landesverteidigung

1033 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

10.046/9-1.1/85
28. Juni 1985

Betrifft: Entsendung von Bundesheerangehörigen in das Ausland;
EStG 1972;
Stellungnahme zu den Novellierungsentwürfen

Der Verfassungsdienst nimmt zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland und das Einkommensteuergesetz 1972 geändert werden, wie folgt Stellung:

Zum Art. I Z 3:

Im § 5 Abs. 3 und 4 werden Regelungen vorgesehen, die sich auf die Zeitsoldaten beziehen. Soweit der Verfassungsdienst sieht, ist deren Rechtsstellung bisher vor allem im Wehrgesetz 1978 geregelt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die in Aussicht genommenen Bestimmungen (etwa die Entlassungsregelung im § 5 Abs. 1) systematisch dem Wehrgesetz zugeordnet werden sollten. Zumindest sollte in den Erläuterungen die rechtliche Beziehung zwischen dem Auslandseinsatzgesetz und dem Wehrgesetz klargestellt werden.

- 2 -

Zum Art. III:

Im Einleitungssatz hätte es richtig "..., zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr. 251/1985, ..." zu heißen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden ue. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

2. August 1985
Für den Bundeskanzler:
Holzinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

W. Holzinger